

# WIRTSCHAFT



Rainer Stelzer, Vorstandsdirektor der Raiffeisen-Landesbank Steiermark, sagte in einer kurzen Begrüßung beim „Business Frühstück“ vor rund 60 Unternehmern Anfang der Woche: „Die Pandemie ist gut überstanden, das erste Halbjahr kann sich sehen lassen. Dennoch verursachen hohe Energie- und Rohstoffpreise, brüchige Lieferketten eine unruhige Situation. Wir werden eine kleine Rezession bekommen, allerdings ist Licht am Ende des Tunnels zu sehen, die Welt dreht sich weiter.“

„Energiekrise – Stagflation und Finanzmärkte“, so der Titel und gleichzeitig die komprimierte Kurzfassung des Vortrags von Peter Brezinschek, Chefanalyst von Raiffeisen Research. Sein Haus erwartet heuer ein Wirtschaftswachstum in Österreich von 5,5 Prozent, vor allem dank eines starken ersten Halbjahrs. Im Schlussquartal 2022 und Anfangsquartal 2023 dürfte die Wirtschaft aber um je 0,3 Prozent schrumpfen, ehe sie sich ab dem zweiten Quartal 2023 wieder erlangen dürfte. Für kommendes Jahr wird mit einem geringen Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent gerechnet, das sich 2024 auf 1,8 Prozent beschleunigen sollte. Die Ingredienzien der aktuell so schwierigen Situation sind

bekannt und für Ökonomen grundsätzlich kalkulierbar – wäre da nicht die schwerwiegende und grundlegende These von Brezinschek: „Die wirtschaftliche Globalisierung wird dem politischen Kalkül untergeordnet.“

China sei ein „unerbittlich konsequenter“ Architekt der Geopolitik und fasse immer stärker Fuß in strategischer Infrastruktur, etwa bei Häfen oder in der Robotik- und Halbleiterindustrie. Ziel sei es, die strategische Führerschaft in der Welt zu erringen. Ex-US-Präsident Donald Trump wiederum habe in der Abhängigkeit Europa von russischem Erdgas die richtigen Fragen gestellt, aber „völlig desolaten Antworten und Lösungen“ angeboten.

## Zögerliche Geldpolitik

Europa kam in der Aufzählung nicht vor – vielmehr attestierte Brezinschek europäischen Spitzenrepräsentanten „Naivität“ bei der Einschätzung von geopolitischen Um-

**Chefanalyst Peter Brezinschek sieht die größten Herausforderungen für die Wirtschaft in fehlenden Arbeitskräften und Unsicherheit bei Rohstoffen.**

## Staatlicher Eingriff bei Monopolbildung

Der Staat und die Institutionen der EU greifen immer stärker in das unternehmerische Gefüge ein und setzen ad-hoc-Maßnahmen – das begünstigt nicht unbedingt Investitionen, das sind etwa Eingriffe der Politik am Strommarkt. „Die Merrit-Order beispielweise lässt zwar eine mengenmäßige Veränderung von Angebot und Nachfrage zu, der Preis wird aber nicht am Markt gebildet, sondern von der Politik vorgegeben, vom teuersten Kraftwerk. Das ist kein funktionierendes marktwirtschaftliches System.“ Unternehmen können sich wappnen, indem sie einen enormen Innovationsgrad aufweisen oder zügig investieren, um mit immer knapperen Ressourcen Produkte zu erstellen – das trifft beispielsweise auf die Faktoren Energie oder Arbeitskräfte zu. „Vor dieser Herausforderung stehen fast alle Unternehmen.“

Im Gegensatz dazu fordert Brezinschek jedoch Eingriffe des Staates gegenüber „Monopolisierungsentwicklungen auf den Märkten, die müssen im Keim erstickt werden. Aktive Wettbewerbspolitik wäre sehr wichtig. Derzeit wird über Preisdeckel bei Energie diskutiert, anstatt das Angebot zu erhöhen oder über internationale Handelsverträge und Partnerschaften oder durch Preissignale Einsparungen zu induzieren.“

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München habe „dringenden Handlungsbedarf“ bei Rohstoffen definiert, die eine Schlüsselfunktion für die Energiewende und Elektromobilität haben: „Es braucht ganz rasch mehr Bezugsquellen für widerstandsfähige Lieferketten und ein europäisches Vorgehen. 70 Prozent der kritischen Rohstoffe werden derzeit aus China bezogen. Ein Lieferstopp bei Seltenen Erden durch China sorgte vor elf Jahren für zehnfach höhere Preise – eine europäische Antwort ist noch ausständig.“

## Ausgetrockneter Arbeitsmarkt

Aus dem Problem des Fachkräftemangels wurde ein ganz grundsätzliches: „Es gibt nicht nur zu wenig Fachleute, es gibt zu wenig Arbeitskräfte im Land. Das ist der große Unterschied zu früheren Jahren“, so Brezinschek. Das hat sich auch seit der Pandemie dramatisch verstärkt. Es gibt zwar mehr Beschäftigte gegenüber der Zeit vor Covid, aber in Arbeitsstunden gemessen deutlich weniger. Für viele ist eine verringerte Arbeitszeit durchaus lukrativer. Denn bei der Reduktion um die Hälfte verdient man nicht um 50 Prozent weniger, sondern nur um rund ein Drittel. „Hier muss die Steuerpolitik ansetzen, weniger Arbeit darf nicht belohnt werden. Dafür braucht es deutlich mehr ganztägige Betreuung in Kindergärten und Schulen.“ Darüber hinaus soll der Fächerkanon aus Mathematik, Technik und Informationstechnologie stark ausgebaut werden. Auf den Universitäten könnte mit unterschiedlichen Studienbeiträgen je nach Studienzweig gesteuert werden.

In den handwerklichen Berufen sei bereits reagiert worden, das Angebot Lehre mit Matura ist stimmig und kommt gut an. Zudem wird die innerbetriebliche Ausbildung immer wichtiger und zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Mitarbeiter sind das große Kapital der Zukunft. Vielleicht muss die Ausbildungszeit in jungen Jahren noch viel stärker überdacht werden, um falsche Berufsentscheidungen besser zu vermeiden bzw. zu korrigieren, etwa indem es längere Arbeitsphasen während des Studiums gibt – vergleichbar mit der dualen Berufsausbildung. „Ein weiteres Steuerungsmittel wäre ein spür-

VON ULRICH AHAMER

barer Unterschied zwischen Erwerbseinkommen und Sozialleistungen. Arbeit muss sich lohnen. In den kommenden zehn Jahren gehen dem österreichischen Arbeitsmarkt 300.000 Personen verloren – das kann nur mit Innovation und Automatisierung aufgewogen werden. – Diese Sparte wird neben Investitionen in Klimaschutz der bedeutendste künftige Wachstumsbereich sein.“

Bei den heurigen Lohnverhandlungen wird sich das Ergebnis laut Brezinschek zwischen 7 und 8 Prozent einpendeln. „Die Lage am Arbeitsmarkt ist sehr angespannt. Bei den Metallern und Branchen mit hoher Produktivität wird es höher ausfallen, in Branchen mit geringerer Produktivität und kleineren Gewinnmargen wie im Handel etwas geringer. Im Jahr 2023 wird es noch einmal spannend und hart werden, denn dann trifft die den Verhandlungen zurückliegende hohe Inflation aus dem heurigen Jahr auf einen leer gefegten Arbeitsmarkt. Bei sehr hohen Abschlüssen muss dann substituiert werden.“

# „Mitarbeiter sind das große Zukunftskapital“

Rainer Stelzer und Peter Brezinschek begrüßten zahlreiche Interessenten zum Business Breakfast und gaben einen profunden Überblick über die aktuellen Herausforderungen für die Wirtschaft.



RLB STEIERMARK (2)

brüchen, etwa nach der Annexion der Krim und dem danach abgeschlossenen Nord-Stream-2-Vertrag mit Russland. Scharfe Kritik übte der Raiffeisen-Experte an einer „zögerlichen EZB“. Denn die Inflation lag schon vor dem Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine bei 5,8 Prozent und damit bei der fast dreifachen Höhe des Stabilitätszieles. „Wer sagt, dass die Probleme mit der Inflation erst mit dem Ukrainekrieg begonnen haben, hat geschlafen und ist naiv.“

Von 2021 bis 2024 dürfte die EZB das Inflationsziel vier Jahre lang wahrscheinlich verfehlen. Denn Geldpolitik habe eine lange Verzögerung von bis zu zwei Jahren. „Die EZB muss den schwachen Euro im Fokus haben. Die Vorteile für die Exportwirtschaft werden durch die deutlich höheren Preise für Energie und Rohstoffe nicht annähernd wettgemacht. Oberste Priorität muss die Preisstabilität haben“, so der Chefökonom.

„Inflation ist die Folge einer extrem expansiven Geldpolitik und Fiskalpolitik. Die Fed in den USA hat mit der Erhöhung der Leitzinsen schon viel früher ein Zeichen gesetzt.“ Die Konsequenz des Chefanalysten: „Hohe Energiepreise können nur bezahlt werden, wenn auch die entsprechende Nachfrage mit vorhandenem Geld beglichen werden kann.“

Steigende Zinsen bergen jedoch in Folge eine eminente Gefahr für hoch verschuldete Staaten. „Es wäre eine Strukturpeitsche für jene Länder, die sich bisher in der Negativzinsphase günstig refinanziert haben, aber nicht auf die langfristige Schuldenfähigkeit geachtet und sich auf die Sonderkonjunktur verlassen haben. Negativzinsen waren ein Geschäftsmodell. Reformvorhaben für eine nachhaltige Finanzpolitik, für mehr Wachstum und Produktivität wurden vernachlässigt“, konstatierte Brezinschek.